

Niedersächsisches Ministerium  
für Inneres und Sport  
– Verfassungsschutz –



# Vom Autonomen zum Postautonomen?

Autonome in Bewegung

Informationen zum Thema  
Linksextremismus in Niedersachsen



Niedersachsen

## Impressum

Herausgeber:  
Niedersächsisches Ministerium  
für Inneres und Sport  
Abteilung Verfassungsschutz  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Büttnerstraße 28, 30165 Hannover

Layout & Gestaltung:  
Verfassungsschutz Niedersachsen

Stand: Mai 2018, 4. Auflage

## VORWORT

Immer wieder machen Teile der linksextremistischen Szene vor allem durch gewalttätige Aktionen auf sich aufmerksam. Nicht zuletzt die Brandanschläge der jüngsten Zeit auf Pkws und die Übergriffe auf Verbindungsstudenten in Göttingen zeigen, dass diese Form des Linksextremismus auch in Niedersachsen eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung darstellt.

Im Mittelpunkt dieser Auseinandersetzung stehen der aktionsorientierte Linksextremismus und die ihn repräsentierenden Autonomen. Sie lehnen eine staatliche Ordnung und jegliche Form von Hierarchien ab. Ihr Ziel ist es, den Staat und seine Institutionen auch gewaltsam abzuschaffen und durch eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“ zu ersetzen.

Die autonome Szene leidet aber unter internen Streitigkeiten, zunehmender Zersplitterung und einer hohen Fluktuation. Verantwortlich dafür sind vor allem ungelöste Organisationsdebatten und zunehmende theoretische Orientierungslosigkeit. Sie haben die Autonomen in eine substanzelle inhaltliche und strukturelle Krise gestürzt. Als Reaktion auf diese Situation haben sich sogenannte postautonome Bündnisse gebildet, die die autonome Szene nachhaltig zu verändern beabsichtigen.

Wer sind diese Autonomen bzw. Postautonomen?

Welche Ziele verfolgen sie?

Welchen Gewaltbegriff haben sie?

Wie verändert sich die autonome Szene?

Welche Rolle spielen Autonome bzw. Postautonome in Niedersachsen?

Zur Klärung dieser und weiter Fragen will diese Broschüre beitragen.

A handwritten signature in blue ink that reads "Maren Brandenburger".

Maren Brandenburger

Niedersächsische Verfassungsschutzpräsidentin



# **INHALT**

## **1. Kleine Geschichte der Autonomen**

1.1	Entstehung .....	6
1.2	Entwicklung.....	6
1.3	Antideutsche/antinationale versus antiimperialistische Autonome.....	9
1.4	Antideutsche/antinationale und antiimperialistische Autonome in Niedersachsen.....	10

## **2. Ideologie und Selbstverständnis**

2.1	Ideologie .....	12
2.2	Selbstverständnis .....	13
2.3	Antifaschismus.....	14

## **3. Struktur und Sozialisation**

3.1	Struktur .....	16
3.2	Sozialisation.....	17
3.3	Autonome Zentren.....	17

## **4. Militanz**

4.1	Gewaltverständnis .....	19
4.2	Gewaltbegriff .....	20
4.3	Militanzdebatte.....	21
4.4	Autonome Militanz in Niedersachsen.....	22

## **5. Postautonome**

5.1	Entstehung .....	25
5.2	Selbstverständnis .....	26
5.3	Strategie.....	28

## **6. Postautonome Vernetzungsstrukturen**

6.1	Interventionistische Linke (IL).....	30
6.2	„... ums Ganze! kommunistisches Bündnis“ (uG) .....	34
6.3	Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Gipfeltreffen der G20-Staaten in Hamburg .....	37

## **7. Ausblick**

38

# 1. KLEINE GESCHICHTE DER AUTONOMEN

## 1.1 Entstehung

In den 1970er Jahren entstanden in der Bundesrepublik neue subkulturelle Milieus, in denen alternative Lebensentwürfe und politischer Aktionismus eng miteinander verbunden waren. Als eine Form des subkulturellen Linksextremismus gelten die Autonomen. Ihre Ursprünge gehen auf die zerfallende Protestbewegung Ende der 1960er Jahre zurück.<sup>1</sup> Aus dieser Zeit stammt auch ihre Selbstbezeichnung. Sie steht für Eigenständigkeit, Selbstständigkeit und Selbstbestimmung. Etymologisch setzt sich der Begriff „Autonome“ aus den griechischen Wörtern auto (selbst) und nomos (Gesetz) zusammen. Wörtlich übersetzt bedeutet er so viel wie „diejenigen, die sich ihre eigenen Gesetze geben.“<sup>2</sup> Historisch bezieht sich der Begriff auf die Erfahrungen der militanten italienischen Arbeiter- und Studentenbewegung Autonomia Operaia.

**Autonome bedeutet  
übersetzt so viel wie  
„diejenigen, die sich ihre  
eigenen Gesetze geben“.**

Diese militante „Arbeiterautonomie“ propagierte Ende der 1960er Jahre den Kampf gegen die Fabrikarbeit und wandte sich gezielt gegen die etablierten Gewerkschaften und die Kommunistische Partei Italiens, denen sie Anpassung, Bevormundung und Verbürgerlichung vorwarf. Lang andauernde Bestrebungen vor allem von Automobilfabriken bis hin zur Entführung von Managern, gewaltsame Auseinandersetzungen mit der Polizei und Sabotageakte in Fabriken prägten ihre Aktivitäten.<sup>3</sup>

## 1.2 Entwicklung

Von Italien aus verbreitete sich der autonome Gedanke über Europa. Seit Ende der 1970er begannen sich auch in der alten Bundesrepublik Gruppierungen und Personen als Auto-

<sup>1</sup> Vgl. Geronimo: Feuer und Flamme. Zur Geschichte der Autonomen, Berlin/Amsterdam 1995; Primo Moroni/Nanni Balestrini, Die goldene Horde. Arbeiterautonomie, Jugendrevolte und bewaffneter Kampf in Italien, Berlin 1994.

<sup>2</sup> Eckart Thurich, pocket politik. Demokratie in Deutschland, Bonn, Bundeszentrale für politische Bildung 2006, [http://www.bpb.de/popup/popup\\_lemmata.html?guid=46A86J](http://www.bpb.de/popup/popup_lemmata.html?guid=46A86J).

<sup>3</sup> Vgl. Marc Brandstetter, Feinde im Alltag, Brüder im Geiste – Autonome Nationalisten im Vergleich zu den linksextremen Autonomen, in: Uwe Backes und Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus & Demokratie, Bd. 20, Baden-Baden 2009, S. 185–203, hier S. 186. Einer der führenden Protagonisten der Arbeiterautonomie, Antonio Negri, gehört heute zu den führenden intellektuellen Führern der Anti-Globalisierungsbewegung.

nome zu bezeichnen und eine eigenständige Subkultur zu entwickeln. Die meisten von ihnen stammten aus undogmatischen, linksradikalen Gruppierungen, insbesondere aus der Sponti-Bewegung<sup>4</sup>, der militänen Hausbesetzerszene und den militänen Teilen der Anti-AKW<sup>5</sup>-Bewegung. Historisch bezogen sie sich auf die Erfahrungen der italienischen Autonomia.<sup>6</sup>

Erstmals in Hamburg begannen sich einzelne Gruppen aus dem Umfeld der militänen Anti-AKW-Bewegung wie der Arbeitskreis Politische Ökologie als „Autonome“ zu bezeichnen.<sup>7</sup> In Abgrenzung zum Kommunistischen Bund (KB) kam es seinen Mitgliedern nicht darauf an, „eine ‘richtige’ Gesellschaftstheorie zu haben“, sondern „eigenbestimmte Lebensstrukturen“ zu entwickeln, die „nur Widerstandsstrukturen gegen das herrschende wirtschaftliche und politische System“ sein konnten.<sup>8</sup> Zugleich machten sie dadurch deutlich, gegen wen sich ihr Kampf tatsächlich bis heute richtet: gegen den demokratischen Rechtsstaat, seine Institutionen und Repräsentanten.

Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre rückten neben dem Kampf gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie der „Häuserkampf“ in den Mittelpunkt autonomer Aktivitäten, insbesondere in West-Berlin und in Frankfurt am Main. Mit ihrer Forderung nach eigenen Freiräumen bildeten Autonome die Kerngruppe der radikalen Hausbesetzer. Als Teil der „Nichtverhandler“-Fraktion lehnten sie Verhandlungen mit dem West-Berliner Senat über die Zukunft besetzter Häuser ab.<sup>9</sup>

Ihre mediale Geburtsstunde erlebte die autonome Bewegung in Form von Massenmilitanz

<sup>4</sup> Als Spontis bezeichnet man linksradikale Gruppen, die sich in der Nachfolge der Außerparlamentarischen Opposition (APO) sahen. Spontis hielten die „Spontaneität der Massen“ für das revolutionäre Element der Geschichte. Im Gegensatz zu Marxisten-Leninisten, die glaubten, für die Revolution sei eine Avantgarde-Partei vonnöten, die die Führung in eine bessere Zukunft übernehmen müsse, waren die Spontis eher „antiautoritär“ ausgerichtet. Nicht Theorieschulungen und Parteiaufbau standen für sie im Vordergrund ihrer Aktivitäten, sondern „spontane“, nichtsdestoweniger abgesprochene Aktionen in der Öffentlichkeit. Diese sollten einen beispielhaften, fantasievollen und mitreißenden Charakter haben.

<sup>5</sup> AKW = Atomkraftwerk. Gemeint ist die Bewegung gegen die friedliche Nutzung der Kernenergie.

<sup>6</sup> Vgl. Almut Gross/Thomas Schultze, Die Autonomen – Ursprünge, Entwicklung und Profil der autonomen Bewegung, Hamburg 1997, S. 38.

<sup>7</sup> A.G. Grauwacke, Autonome in Bewegung. Aus den ersten 23 Jahren, Berlin/Hamburg/Göttingen 3. Auflage 2003, hier S. 24.

<sup>8</sup> Arbeitskreis Politische Ökologie, Bilanz und Perspektiven zum Widerstand gegen Atomanlagen, Hamburg 1978, zitiert nach: Grauwacke, Autonome (Anm. 6), S. 24f.

<sup>9</sup> Grauwacke, Autonome (Anm. 6), S. 74. Als „Nichtverandler“ galten diejenigen Hausbesetzer, denen es nicht so sehr um eine Lösung des Wohnraumproblems ging. Vielmehr instrumentalisierten sie den „Häuserkampf“ für ihr eigentliches Ziel, die Überwindung der bestehenden Ordnung. Die Schlacht um das Berliner Schloss Charlottenburg ging als die bis dahin gewalttätigste Auseinandersetzung in die West-Berliner Nachkriegsgeschichte ein.

am 06.05.1980 in Bremen. Mehr als 10.000 Gegendemonstranten, vor allem aus dem autonomen Spektrum, blockierten an diesem Tag das Bremer Weserstadion, in dem zu diesem Zeitpunkt der damalige Bundespräsident Karl Carstens eine öffentliche Rekrutenvorlesung vornahm. Zahlreiche Bundeswehrfahrzeuge gingen bei den gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei in Flammen auf, ganze Straßenzüge wurden verwüstet.<sup>10</sup>

Mitte der 1980er Jahre entwickelten sich zunehmend militante Kerne aus den autonomen Gruppierungen und begannen sich zu spezialisieren. Es kam zur Annäherung zwischen gewaltbereiten Autonomen und den terroristischen Revolutionären Zellen (RZ) bzw. ihrem radikalfeministischen Flügel, der Roten Zora. Gemeinsam versuchten sie, das autonome Spektrum durch eine „Propaganda der Tat“, d. h. mittels militanter Interventionen, zu radikalisieren. RZ und Rote Zora lieferten den Autonomen konkrete Handlungsanleitungen für ihre Taten und wurden nach eigener Aussage „so was wie ein Lehrer der militanten Autonomen in Sachen Technik des militanten Angriffs“ und somit wegweisend für die gewaltbereite autonome Szene.<sup>11</sup> So neu wie es zunächst erscheint, war diese Annäherung zwischen Autonomen und Terroristen nicht. Bereits „zwischen den linksradikalen Gruppierungen im Umfeld der Spontiszene in den 70er Jahren und den Stadtguerrillagruppen ‘RAF’ [Rote Armee Fraktion, d. Verf.], ‘Bewegung 2. Juni’ und ‘Revolutionäre Zellen/Rote Zora’ existierte immer ein enges, wenn auch nicht widerspruchsfreies Verhältnis“, wie Autonome in ihren Selbstzeugnissen festhalten.<sup>12</sup> Trauriger Höhepunkt dieser Entwicklung war das Jahr 1986, wo es nach eigener Aussage zu 60 Sprengstoffanschlägen, mehr als 250 Brandanschlägen und 150 Angriffen auf Hochspannungsmasten mit linksextremistischem Hintergrund und einer Schadenssumme im zweistelligen Millionenbereich (in DM) kam.<sup>13</sup>

Von Italien aus verbreitete sich der autonome Gedanke seit den 1970er Jahren über Europa und erreichte Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre die damalige Bundesrepublik.

<sup>10</sup> Ebd., S. 90.

<sup>11</sup> Ebd., S. 136.

<sup>12</sup> Geronimo, Feuer und Flamme (Anm. 1), S. 78. Bei der RAF, der Bewegung 2. Juni und den Revolutionären Zellen handelt es sich um die bedeutendsten linksextremistischen Terrororganisationen der Bundesrepublik. Sie versuchten zwischen den 1970er und den 1990er Jahren durch zahlreiche Anschläge mit vielen Todesopfern, in der Bundesrepublik einen Systemwechsel hin zu einem kommunistischen System einzuleiten. Die Rote Zora war zunächst Teil der Revolutionären Zellen und stellte nach ihrer Loslösung die bislang einzige rein weibliche linksextremistische Terrororganisation Deutschlands dar.

<sup>13</sup> Vgl. Grauwacke, Autonome (Anm. 6), S. 144.

### 1.3 Antideutsche/antinationale versus antiimperialistische Autonome

Mit der friedlichen Revolution in der DDR und dem Zusammenbruch der kommunistischen Regime in Mittel- und Osteuropa 1989/90 veränderte sich auch der bundesrepublikanische Linksextremismus. Im Gegensatz zu den orthodoxen Marxisten-Leninisten z. B. aus der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), die mit dem Ende der DDR auf die ideologische Anleitung und die Finanzierung durch die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) verzichten mussten, überstand die autonome Bewegung den Untergang des real existierenden Sozialismus allein aufgrund ihrer Theorieferne zunächst relativ unbeschadet.

In den 1990er Jahren setzen dann Veränderungen innerhalb des autonomen Spektrums ein, deren Auswirkungen bis heute spürbar sind. Die Wurzeln dieses Konflikts gehen auf die unmittelbare Zeit nach dem Mauerfall zurück, als sich autonome Antifas, Mitglieder des Kommunistischen Bundes (KB), ehemalige Grüne und Redaktionsmitglieder der Zeitung „Arbeiterkampf“ und der Zeitschrift „Konkret“ zur „Radikalen Linken“ zusammengeschlossen haben. Im Zuge der deutschen Einheit befürchteten diese sich als „antideutsch“ bzw. „antinational“ verstehenden Autonomen ein großdeutsches „IV. Reich“, das als Hegemonialmacht in Europa einen neuerlichen Holocaust an seinen jüdischen Mitbürgern vollzieht. Als Ursache meinten sie einen dem deutschen Volk inhärenten und nicht zu überwindenden Antisemitismus ausgemacht zu haben. Unter der Parole „Nie wieder Deutschland“ bekämpfen Antideutsche seitdem einen vermeintlich erstarkenden deutschen Nationalismus. Sie lehnen aus diesem Grunde bis heute nicht nur die deutsche Einheit vehement ab, sondern auch einen deutschen Nationalstaat und fordern deshalb dessen Auflösung.<sup>14</sup>

Stießen die Antideutschen mit dieser Einstellung innerhalb der autonomen Szene noch weitgehend auf Zustimmung, so kam es mit Beginn des zweiten Golfkrieges Anfang 1991 zu nachhaltigen Zerwürfnissen innerhalb der autonomen Szene über die Haltung des autonomen Spektrums zum Staat Israel und seiner Schutzmacht, den USA. Den Hintergrund bildete die Gleichgültigkeit linksextremistischer Demonstranten gegenüber den irakischen Luftangriffen auf Israel. Die Monatszeitschrift „Konkret“ um ihren Herausgeber Hermann L. Gremliza und Teile des KB befürworteten nunmehr militärische Aktionen der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak aus einer pro-israelischen Position heraus. Im linksextremistischen Umfeld traten die Antideutschen von nun an verstärkt durch Antise-

<sup>14</sup> Vgl. Udo Baron, Gemeinsamer Hass auf den Staat bei unterschiedlicher Ideologie. Links- und Rechtsautonomie im Vergleich, in: Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012 (I), hrsg. von Armin Pfahl-Traughber, Brühl/Rheinland 2012, S. 98-115.

mitismusvorwürfe gegen sich als „antiimperialistisch“ verstehende autonome Gruppierungen hervor. Während letztere den „Befreiungskampf des palästinensischen Volkes gegen die israelische Unterdrückung“ unterstützen und in Israel und den USA die Aggressoren im Nahen Osten sehen,<sup>15</sup> solidarisieren sich die Antideutschen vor dem Hintergrund des Holocaust an den europäischen Juden und der Ablehnung eines fundamentalistischen Islamismus uneingeschränkt mit dem Staat Israel und qualifizieren jegliche Kritik an der israelischen Regierung als antisemitisch ab. Unter dem Eindruck des Afghanistankonflikts und des dritten Golfkrieges befürworteten Antideutsche nicht nur die Existenz von Armeen, sondern auch militärische Aktionen der USA und ihrer Verbündeten gegen den Irak – eine für Autonome ungewöhnliche Haltung, da sie prinzipiell staatliche Strukturen, Institutionen und Repräsentanten ebenso ablehnen wie jegliche Form von Militär. Im Zuge dessen kam es zum Bruch zwischen den Antideutschen, die bis heute eine Minderheitenposition innerhalb des autonomen Spektrums darstellen, und den die autonome Szene dominierenden sogenannten Antiimperialisten mit ihrer ausgeprägten antiwestlichen, insbesondere antiamerikanischen und antiisraelischen Haltung.<sup>16</sup>

## Zu Beginn der 1990er Jahre spaltete sich die autonome Szene vor dem Hintergrund des Streits um die autonome Haltung zum Staat Israel in Antideutsche/Antinationale und Antiimperialisten.

### 1.4 Antideutsche/antinationale und antiimperialistische Autonome in Niedersachsen

Auch in Niedersachsen spiegelt sich diese Entwicklung innerhalb der autonomen Szene wider. So gehörte von 1990 an die Göttinger Autonome Antifa [M] zu den zentralen autonomen Gruppierungen Niedersachsens. Inhaltliche Differenzen zwischen ihren Mitgliedern, die sich an der Trennlinie zwischen antiimperialistischen und antideutschen Autonomen festmachen lassen, führten aber am 29.04.2004 zur Teilung der Autonomen Antifa [M], da eine „gemeinsame von der gesamten Gruppe getragene Politik kaum bis gar nicht

<sup>15</sup> Vgl. Felix Lee, Die Antideutschen – Spaltpilze und Lehrmeister, die tageszeitung vom 2./3./4.10.2009.

<sup>16</sup> Vgl. Rudolf van Hüllen: „Antiimperialistische“ und „antideutsche“ Strömungen im deutschen Linksextremismus; [www.bpb.de/themen/KMT3BZ.html](http://www.bpb.de/themen/KMT3BZ.html). (Ausdruck vom 27.11.2009).

mehr möglich war.“<sup>17</sup> Ehemalige Mitglieder der Autonomen Antifa [M] gründeten daraufhin mit der Antifaschistischen Linken International (A.L.I.) und der Radical [M] zwei Nachfolgeorganisationen, die dieser Entwicklung Rechnung trugen. Beide Gruppierungen sind neben dem „Antifaschismus“ vor allem – abhängig von tagespolitischen Ereignissen – auf den Gebieten „Antirassismus“, „Antirepression“ und „Antimilitarismus“ aktiv. Während die A.L.I. inhaltlich antiimperialistisch ausgerichtet ist und sich als „Teil einer weltweiten Linken, die sich den Zumutungen und existentiellen Bedrohungen durch den Kapitalismus in konkreten Kämpfen“ entgegenstellen will, sieht,<sup>18</sup> versteht sich die Radical [M] als antideutsch. Welche Gesellschaft sie anstrebt, unterstreicht der abschließende Satz ihres Selbstverständnisses, in dem sie sich „Für den Kommunismus!“ ausspricht.<sup>19</sup>

Neben diesen Göttinger Gruppen lassen sich auch zahlreiche andere autonome Gruppierungen in Niedersachsen diesen unterschiedlichen Ausrichtungen zuordnen. So gehören beispielsweise Fast Forward Hannover und die Antifaschistische Aktion Osnabrück (AAOS) dem antideutschen Lager an, während Organisationen wie die Antifaschistische Gruppe Hannover (AGH) dem antiimperialistischen Lager zugezählt werden können.



<sup>17</sup> Abschlusserklärung der Autonomen Antifa [M], [www.nadir.org/nadir/initiativ/aam/](http://www.nadir.org/nadir/initiativ/aam/), Ausdruck vom 02.03.2015.

<sup>18</sup> A.L.I., Über uns, Homepage der A.L.I., Ausdruck vom 13.03.2014.

<sup>19</sup> Radical [M], Über uns, Homepage Radical [M], Ausdruck vom 28.03.2014.

## 2. IDEOLOGIE UND SELBSTVERSTÄNDNIS

### 2.1 Ideologie

Über eine einheitliche Weltanschauung, gar über eine gesamtgesellschaftliche Utopie, verfügen Autonome nicht. Ihr Weltbild setzt sich vornehmlich aus anarchistischen und kommunistischen Ideologieelementen zusammen, wobei erstere eindeutig überwiegen. Theoriedebatten spielen nur eine untergeordnete Rolle, eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den einschlägigen Ansätzen findet kaum statt. Ideologische Schulungen, wie sie etwa die Marxisten-Leninisten der DKP betreiben, lehnen sie ab. Was sie verbindet, ist ein gemeinsames Lebensgefühl, geprägt von einem tief sitzenden Hass sowohl auf den Staat, seine Institutionen und Repräsentanten als auch auf die angeblich mit diesen verbündeten Rechtsextremisten und ein davon abgeleitetes Bestreben, die bestehende Ordnung zu überwinden.

Generell ist die autonome Szene sehr heterogen. An Stelle des Kollektivs, wie bei Marxisten-Leninisten üblich, steht für sie das Individuum im Vordergrund. Im Sinne einer „Politik der ersten Person“ kämpfen Autonome deshalb „nicht für Ideologien, nicht fürs Proletariat, nicht fürs Volk“, sondern für sich.<sup>20</sup> Emotionalität und Subjektivität sind die zentralen Gradmesser für ihr Denken und Handeln. Zugleich verstehen sie sich als Avantgarde und zählen sich zu denjenigen, die angeblich erkannt haben, wie die Welt funktioniert. Obwohl eine kleine Minderheit, sind sie aus diesem elitären Gefühl heraus, ebenso wie andere Extremisten, nicht bereit, Mehrheitsentscheidungen zu akzeptieren. Vielmehr versuchen sie der Mehrheitsgesellschaft mit allen Mitteln ihre Sicht der Dinge zu oktroyieren.<sup>21</sup> Autonom zu sein ist für sie ein Lebensstilexperiment. Autonomes Leben und Handeln unterliegt dabei einer intern streng kontrollierten political correctness – von der Sprache über den Habitus, die Kleidung und den Musikgeschmack bis hin zu Gestik und persönlichen Kontakten. Verstöße gegen diese Vorgaben können mit der Nötigung zu gruppeninterner Selbstkritik bis hin zum Ausschluss aus der Gruppe geahndet werden.

Autonome verfügen über keine eigenständige Ideologie, sondern orientieren sich an anarchistischen und kommunistischen Weltbildern.

<sup>20</sup> „Anarchie als Minimalforderung“, in: radikal Nr. 97 vom August 1981, S. 10.

<sup>21</sup> Vgl. Klaus Farin, Gefühl und Härte – die Autonomen, [http://www.bpb.de/themen/U6A7QR,0,Gef%FChl\\_und\\_H%CE4rte\\_%96\\_die\\_Autonomen.html](http://www.bpb.de/themen/U6A7QR,0,Gef%FChl_und_H%CE4rte_%96_die_Autonomen.html)

## 2.2 Selbstverständnis

Autonome lehnen aufgrund ihrer anti-etatistischen Grundeinstellung den Staat, seine Institutionen und Regeln kategorisch ab. Sie brechen aber nicht nur mit dem Staat, sondern auch mit der bestehenden Gesellschaft und wollen diese durch eine herrschaftsfreie ersetzen.<sup>22</sup> Das politische Selbstverständnis von Autonomen zeichnet sich durch eine radikale Verneinung des Bestehenden aus und ist in erster Linie von Anti-Einstellungen geprägt. Autonome verstehen sich gemeinhin vor allem als antifaschistisch, antikapitalistisch, antirassistisch und antimilitaristisch. Der Kampf gegen (vermeintliche) staatliche Repression, gegen einen ihrer Meinung nach staatlich geförderten Faschismus, Rassismus und Militarismus sowie für selbst verwaltete Freiräume und gegen eine „neoliberale Globalisierung“ bilden daher ihre zentralen Aktionsfelder. Damit greifen sie Themen auf, die bis weit in die gesellschaftliche Mitte anschlussfähig sind und bei denen sie sich im Einklang mit der Mehrheitsgesellschaft wähnen können.<sup>23</sup> Das gibt ihnen die Möglichkeit, sich in „soziale Bewegungen und Selbstorganisationsprozesse der Bevölkerung ein[zu]bringen ... um sie zu radikalieren und damit die Risse und Widersprüche innerhalb der kapitalistischen Totalität zu vertiefen – bis zum offenen Klassenkampf.“<sup>24</sup> Mit einer solchen Aussage machen sie zugleich deutlich, dass es ihnen bei ihren Bemühungen – im Gegensatz zum demokratischen Protest – nicht um die Beseitigung von konkreten Missständen und somit um systemimmanente Reformen, sondern letztendlich um die (revolutionäre) Überwindung der bestehenden Gesellschaftsordnung geht.

**Autonome lehnen den  
Staat, seine Institutionen  
und Regeln kategorisch  
ab und wollen ihn durch  
eine herrschaftsfreie  
Gesellschaft ersetzen.**

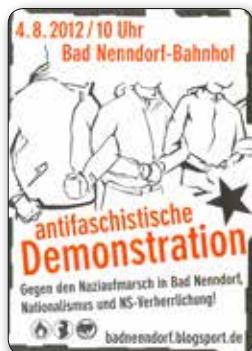
<sup>22</sup> AK Wantok (Hrsg.), Perspektiven autonomer Politik, Berlin 2011, S. 188. Hinter der Bezeichnung ak wantok verbirgt sich ein Netzwerk von Autonomen, die sich alle in den 1990er Jahren in autonomen Zusammenhängen zu engagieren begannen.

<sup>23</sup> Vgl. Harald Bergsdorf/Rudolf van Hüllen, Linksextrem – Deutschlands unterschätzte Gefahr?, Paderborn 2011, S. 64.

<sup>24</sup> Grundsätze der Antifaschistischen Revolutionären Aktion Berlin (ARAB), Homepage der ARAB, Ausdruck vom 07.02.2011.

## 2.3 Antifaschismus

Spiele der Antifaschismus bis Ende der 1980er Jahre eher eine untergeordnete Rolle, so entwickelte er sich als „organisierte Antifa“<sup>25</sup> vor dem Hintergrund der deutschen Einheit und eines von vielen Autonomen behaupteten neuen „großdeutschen“ Nationalismus in den 1990er Jahren zum zentralen autonomen Agitationsfeld. Allen sonstigen Gegensätzen zum Trotz verbindet er nicht nur die unterschiedlichen autonomen Strömungen, sondern diese auch mit den orthodoxen Marxisten-Leninisten und sonstigen Linksextremisten. Unter Rückgriff auf die von Georgi Dimitroff, dem Vorsitzenden der Kommunistischen Internationale (Komintern), im August 1935 auf dem VII. Weltkongress der Komintern in Moskau aufgestellten These, wonach der Faschismus „die offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“<sup>26</sup> sei, gilt dieser Linksextremisten als dem Kapitalismus inhärent. Faschismus kann aus diesem Grunde dem linksextremistischen Verständnis nach nur dann erfolgreich bekämpft werden, wenn zugleich auch seine Ursache, der Kapitalismus, beseitigt wird. Im Gegensatz zum demokratischen Antifaschismus ist die autonome Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus daher nur vordergründig, denn für Autonome zielt konsequenter Antifaschismus immer zugleich auch auf die zu überwindende kapitalistische Wirtschafts- und demokratische Gesellschaftsordnung sowie auf die sie stützenden staatlichen Institutionen und Repräsentanten. In ihren eigenen Worten klingt das folgendermaßen:



*„Faschismus ist eliminatorischer Fressneid und beruht auf den ungerecht gestalteten, ökonomischen Verhältnissen, weshalb unser Eintreten gegen Nazis mit dem Kampf gegen Kapitalismus untrennbar verbunden ist.“<sup>27</sup>*

Einfacher gesagt: „Kampf dem Faschismus heißt Kampf dem imperialistischen System.“<sup>28</sup> In der Praxis führt dieses autonome Antifaschismusverständnis dazu, dass Autonome nach eigenem Gutdünken festlegen, wer ihrer Meinung nach ein „Nazi“ ist und wer

<sup>25</sup> AK Wantok, Perspektiven (Anm. 21), S. 198.

<sup>26</sup> Georgi Dimitroff, Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunistischen Internationale im Kampf für die Einheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus, in: ders., Gegen Faschismus und Krieg. Ausgewählte Reden und Schriften, Leipzig 1982, S. 49-136, hier S.52.

<sup>27</sup> Grundsätze der Antifaschistischen Revolutionären Aktion Berlin (Anm. 23).

<sup>28</sup> AK Wantok, Perspektiven (Anm. 21), S. 195.

nicht. Wer von ihnen so offen als „Faschist“ gebrandmarkt worden ist, darf dann mit allen Mitteln bekämpft werden. Damit maßen sich Autonome eine Deutungshoheit über Menschen an, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung unvereinbar ist.

Vor diesem Hintergrund findet die autonome Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus auf verschiedenen Ebenen statt. Eine Form ist die systematische Ausspähung des politischen Gegners, seiner Lebensumstände, Gewohnheiten und Aktivitäten, die ebenso ermittelt werden sollen wie sein Freundeskreis und sein Arbeitgeber. Im Rahmen von sogenannten Outingaktionen werden die dabei gewonnenen persönlichen Daten wie Anschrift, Beruf, aber auch Fotos vor allem über das Internet mit dem Ziel öffentlich gemacht, die Betroffenen als (vermeintliche) Rechtsextremisten darzustellen. Sie sollen dadurch gesellschaftlich geächtet und ihnen maximaler Schaden bis hin zum Verlust des Arbeitsplatzes zugefügt werden.

**Der Antifaschismus steht  
für Autonome seit den  
1990er Jahren im Mittelpunkt ihrer Aktivitäten.**

## 3. STRUKTUR UND SOZIALISATION

### 3.1 Struktur

Die autonome Szene ist nicht homogen, sondern zerfällt in diverse zumeist lose organisierte Gruppierungen ohne einheitliches ideologisches Konzept. Obwohl es sie in der Praxis gibt, lehnen Autonome Organisationsstrukturen und Führungspersönlichkeiten formell ab: „Etliche sehen sich durchaus als Revolutionäre, Anarchisten, Sozialisten. Aber eine Partei mit Programm und Sekretär lehnen nahezu alle ab“, heißt es dazu in ihren eigenen Worten.<sup>29</sup> Sie organisieren sich überwiegend über Kleingruppen, die durch persönliche Kontakte bzw. projekt-, aktions- oder themenbezogene Zusammenhänge zustande gekommen sind. Viele von ihnen gleichen eher „losen Cliquen“ ohne formale Strukturen wie Satzungen, Mitgliederverzeichnisse und Geschäftsordnungen. Dennoch gibt es strukturierte Aufnahmeprüfungen und Verbote über Neuaufnahmen.<sup>30</sup> Ihrer Heterogenität ist es geschuldet, dass viele von ihnen nur kurzzeitig existieren. Unterschiedliche inhaltliche Ausrichtungen als auch persönliche Differenzen und Animositäten führen oftmals dazu, dass Zusammenschlüsse sich so schnell wieder auflösen, wie sie entstanden sind. Häufig gehen sie in anderen Gruppierungen auf oder benennen sich um.

**Autonome lehnen  
Organisationsstrukturen  
und Führungspersönlich-  
keiten formell ab,  
informell gibt es sie aber.**

*„Aus Freundeskreisen werden mehr oder weniger kurzlebige Banden oder bei Bedarf aktivierbare Aktionsgruppen; aus Demo-Bekanntschaften ergeben sich spontan handlungsfähige und wieder zerfallende Chaoten-Combos; aus politischen Plena entwickeln sich dauerhafte Gruppen, die auch zur Tat schreiten, in wechselnden und sich auch überschneidenden Zusammensetzungen agieren Gruppen manchmal nur ein einziges Mal, manchmal über Jahre, einige verfestigen sich, andere bleiben lose, manche wandeln sich in Theoriezirkel oder Selbsthilfegruppen“*

heißt es hierzu in einer ihrer Verlautbarungen.<sup>31</sup>

<sup>29</sup> Grauwacke, Autonome (Anm. 6), S. 25.

<sup>30</sup> Vgl. Bergsdorf/van Hüllen, Linksextrem (Anm. 22), S. 46.

<sup>31</sup> Grauwacke, Autonome (Anm. 6), S. 143.

## 3.2 Sozialisation

Über die Sozialisation von Autonomen lässt sich aus Sicht des Verfassungsschutzes nur wenig sagen. Entsprechende wissenschaftliche Forschungsstudien sind rar, zudem fehlt ihnen zumeist weitgehend die empirische Basis. Somit bleibt oftmals nur das Erfahrungswissen der Verfassungsschützämter von Bund und Ländern, auf das sich die Erkenntnisse stützen müssen.

Vor allem Schüler und Studenten gehören zu den Zielgruppen der Autonomen. Über autonome Jugendorganisationen, wie beispielsweise die Jugend-Antifa Göttingen, werden Jugendliche bereits in der Schule zur Mitarbeit in autonomen Antifa-Gruppierungen motiviert. So werden anpolitiserte Schüler insbesondere über das Thema „Antifaschismus“ von an den Schulen aktiven autonomen Antifa-Gruppierungen<sup>32</sup> an die autonome Szene herangeführt. An Hochschulen, z. B. in Hannover und Göttingen, werben autonome Gruppierungen mit Einsteigerabenden um Erstsemester und versuchen diese schon mit Beginn ihres Studiums für sich zu gewinnen. Die Verweildauer in der autonomen Szene ist für viele junge Menschen aber lediglich eine Lebensabschnittsphase und somit oftmals nur von geringer Dauer. Im Alter zwischen 25 und 30 Jahren verlassen vor allem diejenigen wieder die autonome Szene, die ins Berufsleben eintreten und/oder eine Familie gründen wollen. Sogenannte Alt-Autonome bilden eher die Ausnahme, sie spielen aber aufgrund ihrer Erfahrungen eine nicht zu unterschätzende Rolle in der Szene und können aus dem Hintergrund auf sie Einfluss nehmen.

## 3.3 Autonome Zentren

Als Anlaufpunkte dienen ihnen vor allem sogenannte Autonome Zentren. Dabei handelt es sich um selbstverwaltete und unabhängige kulturelle und soziopolitische Einrichtungen wie z. B. um kollektive Wohnprojekte, selbstverwaltete Jugend- und Kulturzentren, aber auch durchaus um besetzte Häuser. Es sind in erster Linie Versammlungs- und Veranstaltungszentren, die Raum bieten für gruppenübergreifende Veranstaltungen und Diskus-

**Autonome rekrutieren  
sich vor allem aus  
Schülern und Studenten  
der ersten Semester.**

<sup>32</sup> Autonome Antifa-Gruppen sind Personenzusammenschlüsse, die sich vorwiegend am linksextremistischen Antifaschismusverständnis orientieren.

## **Autonome Zentren sind selbstverwaltete und unabhängige kulturelle und soziopolitische Einrichtungen, die Autonomen als Anlaufpunkte dienen.**

sionen und so auch identitätsstiftend wirken. Ihre kulturelle Seite dient zudem dazu, Aktivisten an die Bewegung zu binden, neue Anhänger zu mobilisieren und über Veranstaltungen, wie beispielsweise Solidaritätskonzerte, Kampagnen zu finanzieren. Zugleich dienen sie Autonomen aber immer auch als Rückzugsräume zur Planung politischer Agitation und (gewalttätiger) Aktionen. Oftmals sind sie aber auch Teil öffentlicher Einrichtungen, beispielsweise der Jugendarbeit, die nicht nur von Linksextremisten, sondern auch von demokratischen Organisationen und unpolitischen Einzelpersonen genutzt werden. Daher können diese Einrichtungen nicht pauschal als linksextremistisch bewertet werden. Vielmehr muss sehr genau zwischen den dort anzutreffenden demokratischen Organisationen auf der einen Seite und den linksextremistischen Gruppierungen auf der anderen Seite unterschieden werden. In Niedersachsen finden sich entsprechende Autonome Zentren in Braunschweig, Göttingen, Hannover, Lüneburg, Oldenburg und Osnabrück.

## 4. MILITANZ

### 4.1 Gewaltverständnis

Für Autonome ist der Einsatz von Gewalt ein zentrales Element ihres politischen Selbstverständnisses. Auch wenn nicht jeder von ihnen selber Gewalt ausübt, so befürworten sie in der Regel dennoch die Anwendung von Gewalt, denn „wer auf die Option der Militanz verzichtet, beraubt sich selbst der notwendigen Mittel gegen ein System der Herrschaft, dem allein mit den besseren Argumenten nicht beizukommen ist.“<sup>33</sup> Als Militanter gilt daher nicht nur der aktiv Handelnde, sondern auch derjenige, der Gewalt billigend in Kauf nimmt bzw. mit gewaltsamen Aktionen sympathisiert.<sup>34</sup> Die autonome Gewaltbereitschaft basiert auf einem klaren Feindbild, zu dessen tragenden Säulen der Staat und die ihn nach autonomer Auffassung stützenden Rechtsextremisten zählen. Ihrem Verständnis nach bedingen sich Staat und Rechtsextremisten gegenseitig. Autonome zielen deshalb mit ihren sogenannten antifaschistischen Aktivitäten zugleich immer auch auf den demokratischen Rechtstaat, den sie überwinden wollen.<sup>35</sup> Um dieses Ziel zu erreichen, halten sie auch den Einsatz von Gewalt für legitim, dient sie ihnen doch als „Geburtshelfer einer neuen Gesellschaft“.<sup>36</sup> Gewalt wird zudem als „Selbstbefreiung“ von verinnerlichten Herrschafts- und Gewaltverhältnissen aufgefasst und gehört aus diesem Grunde zu den tragenden Säulen des autonomen Selbstverständnisses.<sup>37</sup>



<sup>33</sup> Grauwacke, Autonome (Anm. 6), S. 381.

<sup>34</sup> Ebd. S. 142.

<sup>35</sup> Vgl. Gross/ Schultze, Die Autonomen (Anm. 5), S. 56.

<sup>36</sup> Vgl. Bergsdorf/van Hüllen, Linksextrem (Anm. 22), S. 34.

<sup>37</sup> Vgl. Udo Baron, Pippi Langstrumpf oder: Was ist ein Autonomer?, in: Deutschland Archiv Nr. 1/2012, S. 60-68, hier S. 64. Matthias Meltzko, Merkmale politisch motivierter Gewalttaten bei militanten autonomen Gruppen, in: Uwe Backes und Eckhard Jesse (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus & Demokratie, Bd. 11, Baden-Baden 1999, S. 180-199, hier S. 183f.

**Für Autonome ist der Einsatz von Gewalt ein zentrales Element ihres politischen Selbstverständnisses. Auch wenn nicht jeder von ihnen selber Gewalt ausübt, so befürworten sie in der Regel dennoch die Anwendung von Gewalt.**

So heißt es in einem ihrer Statements:

*„Die Anwendung von Gewalt/revolutionärer Gewalt halten wir unter bestimmten Voraussetzungen nicht nur für legitim, sondern auch für unverzichtbar. Wir werden uns nicht an den vom Staat vorgeschriebenen legalen Rahmen von Protest und Widerstand halten. Denn damit wären wir auch kontrollier-, berechen- und beherrschbar. ... Also – eine Absage an Gewalt wird es von uns nicht geben – nicht heute und auch nicht in Zukunft!!!!“<sup>38</sup>*

Zugleich wird die Anwendung von Gewalt ästhetisiert und heroisiert. Gerne stilisiert sich der Autonome zum „lonesome cowboy“, zum einsamen Kämpfer gegen den von ihm zum „Schweinesystem“ deklarierten demokratischen Rechtsstaat. Dabei hat die Anwendung von Gewalt nicht nur eine identitätsstiftende Funktion, sondern immer auch eine integrierende. Sie steht sowohl für ein Lebensgefühl als auch für den Zusammenhalt der autonomen Gruppe.<sup>39</sup>

## 4.2 Gewaltbegriff

Um die von Autonomen ausgehende Gewalt richtig einordnen zu können, muss man sich ihren Gewaltbegriff vergegenwärtigen. In Anlehnung an den Philosophen und Sozialwissenschaftler Herbert Marcuse und den norwegischen Friedensforscher Johann Galtung liegt die Ursache für Gewalt ihrer Meinung nach in den „kapitalistischen Produktionsverhältnissen.“ Diese üben eine auf gesellschaftlichen Strukturen wie Werte, Normen, Institutionen und Machtverhältnissen basierende „strukturelle Gewalt“ auf ihre Bürger

<sup>38</sup> „Legal, Illegal, Scheißegal!!! Aber lieber wie ein Fisch im Wasser als einsam und vertrocknet am Flußrand“, in: Interim vom August 1995, S. 12 (Hervorhebung im Original).

<sup>39</sup> Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Die Autonomen zwischen Anarchie und Bewegung, Gewaltfixiertheit und Lebensgefühl. Die Besonderheiten einer linksextremistischen Subkultur, in: ders. (Hrsg.), Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2014, Bd. II, Brühl/Rheinland 2014, S. 28-57, hier S. 44.

aus. Diese ist systemimmanent, drückt sich durch Ungleichheit unterschwellig aus und hindert den Einzelnen daran, sich seinen Anlagen und Möglichkeiten entsprechend frei zu entfalten.<sup>40</sup> Da diese „Diktatur der Gewalt“ den kapitalistischen Systemen inhärent ist, leiten nicht nur Autonome, sondern Linksextremisten im Allgemeinen daraus unter Berufung auf Marcuse ein Naturrecht von „unterdrückten“ Minderheiten auf Widerstand ab. Marcuse prägte dafür das Prinzip „Gegengewalt“.<sup>41</sup> Es versteht sich ausschließlich als Reaktion auf die vermeintliche „Gewalt des Systems“ und somit als ein reaktives und dadurch legitimes Mittel, um die herrschende Gewalt aufzubrechen und Veränderungen herbeizuführen.

**Für Autonome geht die aktive Gewalt immer vom Staat aus. Autonome Gewalt versteht sich dagegen als Reaktion auf die staatliche Gewalt und wird daher als „Gegengewalt“ oder „Widerstand“ erklärt.**

### 4.3 Militanzdebatte

Von diesem Gedanken ausgehend wird schon seit Jahren in der linksextremistischen Szene eine Debatte über das Für und Wider von Gewalt als Mittel zur Durchsetzung der eigenen Interessen geführt. In dieser sogenannten Militanzdebatte geht es aber nicht um ein generelles Ja oder Nein zur Gewalt an sich. Einzig die Legitimität der Anwendung von Gewalt auch gegen Menschen und nicht allein gegen Sachen wird dabei diskutiert. Zwar

*„rechtfertigt die Gewalt eines Systems, das über Leichen geht, jede Form von Widerstand. Es gibt allerdings die stille Übereinkunft der Nichtgefährdung von Unbeteiligten; wir nehmen also nicht den Tod von Menschen in Kauf.“<sup>42</sup>*

Diese Aussage macht deutlich, dass dem autonomen Verständnis nach Gewalt immer auch politisch vermittelbar sein muss. Erst wenn sie in der eigenen Subkultur und möglichst auch darüber hinaus vermittelbar ist, gilt sie auch als legitim. Aus diesem Grun-

<sup>40</sup> Johan Galtung, Strukturelle Gewalt. Beiträge zur Friedens- und Konfliktforschung. Reinbek bei Hamburg 1982.

<sup>41</sup> Herbert Marcuse, Repressive Toleranz, in: Robert Paul Wolff, Barrington Moore, Herbert Marcuse: Kritik der reinen Toleranz, Frankfurt 1966, S.127.

<sup>42</sup> „Militanz muss vermittelbar sein“, Interview mit Autonomen, in: taz vom 18.06.2011.

## **Autonome diskutieren unter dem Stichwort „Militanzdebatte“ über den Einsatz von Gewalt nicht nur gegen Sachen, sondern auch gegen Menschen.**

de wird bis heute gezielte Gewalt gegen Menschen mehrheitlich abgelehnt. Verantwortlich dafür dürften insbesondere die tödlichen Schüsse auf zwei Polizeibeamte vom 02.11.1987 sein. Bei einer Protestveranstaltung gegen die zum damaligen Zeitpunkt bereits seit drei Jahren im Dienst befindliche Startbahn West des Frankfurter Flughafens gab ein militanter Autonomer 14 Schüsse auf die Einsatzkräfte der hessischen Polizei ab, tötete dabei zwei Polizisten und verletzte sieben von ihnen. Innerhalb der autonomen Szene wurde diese Tat heftig kritisiert und weitgehend abgelehnt. Sie zog eine intensive Diskussion über den Einsatz von Gewalt auch gegen Menschen nach sich, die im Rahmen der sogenannten Militanzdebatte bis heute andauert.

Wird aus diesem Grunde bislang gezielte Gewalt gegen Menschen abgelehnt, so werden aber Polizeibeamte und Rechtsextremisten davon ausdrücklich ausgenommen.<sup>43</sup> Sie gelten als das personifizierte Feindbild eines jeden Autonomen und werden gezielt entmenschlicht. So wird der Polizist, bedingt auch durch seine passive Bewaffnung, von Autonomen bevorzugt als gefühllose Maschine, als „Robocop“ gezeichnet. Ihm werden Menschenwürde und Grundrechte pauschal abgesprochen, Gewalt gegen ihn gilt als legitim und vermittelbar.

### **4.4 Autonome Militanz in Niedersachsen**

Auch in Niedersachsen ist autonome Militanz keine Seltenheit. Vor allem die öffentliche Präsenz von Rechtsextremisten führt immer wieder zu militanten Gegenreaktionen der niedersächsischen autonomen Szene. Insbesondere im Verlauf und am Rande von rechts-extremistischen Demonstrationen wie dem bis 2015 jahrelang stattgefundenem rechtsextremistischen „Trauermarsch“ in Bad Nenndorf kommt es häufig auch zu gewaltsaufgeladenen Konfrontationen. Diese reichen von Versuchen der Autonomen, den Aufzug des politischen Gegners durch Blockaden zu verhindern bis hin zu gegenseitigen gewalttätigen Übergriffen. Zur Zielscheibe autonomer Gewalt werden dabei immer auch Polizisten. Weil

<sup>43</sup> Vgl. die Militanzdebatte in den einschlägigen Internetforen der linken Szene wie indymedia.

sie das grundgesetzlich garantierte Versammlungsrecht auch für Rechtsextremisten durchsetzen müssen, wird ihnen als Repräsentanten des verhassten Staates von autonomer Seite unterstellt, mit den „Nazis“ zu sympathisieren.<sup>44</sup>

Mit dem Aufkommen der rechtspopulistischen Alternative für Deutschland (AfD) hat die autonome Szene neben der rechts-extremistischen Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und der Partei Die Rechte ein weiteres Feindbild gefunden. So führen öffentliche Auftritte von AfD-Funktionären, insbesondere aber AfD-Parteiveranstaltungen wie ihre am 28.11.2015 und am 02. und 03.12.2017 in Hannover durchgeführten Bundesparteitage zu oftmals gewaltsamen Gegenprotesten von Seiten der Autonomen.

Jenseits von Demonstrationen wird autonome Gewalt vor allem in Form klandestiner Zellen, d. h. konspirativ agierender Kleingruppen ausgeübt. Insbesondere Anschläge auf Pkws und auf öffentliche Einrichtungen stehen dabei im Fokus.<sup>45</sup> Betroffen davon ist in Niedersachsen vor allem die Stadt und der Raum Göttingen. So wurde beispielsweise am 05.05.2014 der Privat-Pkw eines Polizeibeamten der Beweissicherungs- und Festnahmeeinheit (BFE) in Göttingen in Brand gesetzt. In den Jahren 2015 und 2016 kam es dort zudem zu einer Reihe von Brandanschlägen auf Pkws von Personen, die von der autonomen Szene dem rechtsextremistischen Spektrum zugerechnet werden. Bei einigen der Brandstiftungen konnten im direkten Umfeld des Tatortes die gesprühten Symbole „Hammer und Sichel“ festgestellt werden.



<sup>44</sup> Vgl. Udo Baron, Die linksautonome Szene, in: Linksextremismus in der Bundesrepublik Deutschland, hrsg. v. Ulrich Dövermann, Bonn 2011, S. 231 – 245, hier S. 237. Vor allem im Verlauf der alljährlich stattfindenden sogenannten rechtsextremistischen Trauermärschen in verschiedenen deutschen Städten wie Dresden, Magdeburg oder im niedersächsischen Bad Nenndorf kommt es immer wieder zur Konfrontationsgewalt zwischen Rechts- und Linksextremisten als auch zu linksextremistischen Übergriffen auf die Polizei.

<sup>45</sup> Vgl. Baron, Pippi Langstrumpf (Anm. 36), S. 68.

Darüber hinaus ist in Göttingen der Konflikt zwischen Burschenschaftlern und Autonomen weiter virulent. Neben wechselseitigen Übergriffen kommt es immer wieder zu Sachbeschädigungen und Farbschmierereien an Gebäuden von Studentenverbindungen, bei denen ein möglicher linksextremistischer Hintergrund nicht ausgeschlossen werden kann. Einen Höhepunkt bildete der Anschlag auf das Haus der Studentenverbindung Corps Hannovera in Göttingen. Auf dem Gelände wurde durch unbekannte Täter am 17.04.2016 ein Schuppen neben dem Haus in Brand gesetzt. Dieser Brand schlug auch auf das benachbarte Wohngebäude über. Der Modus Operandi und die auch hier aufgesprühte Hammer-und-Sichel-Symbolik lassen auf einen linksextremistischen Hintergrund schließen.

**Autonome Gewalt wird vor allem im Verlauf von Demonstrationen und in Form von Brand- und Sprengstoffanschlägen ausgeübt.**

Neben diesen Brandstiftungen kommt es vor allem in Göttingen häufig zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Links- und Rechtsextremisten. Betroffen davon sind Personen, die von der autonomen Szene dem rechtsextremistischen Spektrum zugerechnet werden. In den Fokus der autonomen Szene gerieten vor allem die Mitglieder und Unterstützer des rechtsextremistischen „Freundeskreises Thüringen Niedersachsen“ (FKTN). So griffen am 14.08.2016 etwa 40 bis 50 vermummte Personen sechs Mitglieder des FKTN in Göttingen mit Pfefferspray an und traktierten sie mit Schlägen und Tritten. Am 01.04.2017 attackierten nach einer Kundgebung des FKTN auf dem Göttinger Bahnhofsvorplatz 30 autonome Gegendemonstranten zwei Teilnehmer der rechtsextremistischen Kundgebung auf der Bahnfahrt von Göttingen nach Northeim und verletzten sie schwer.



## 5. POSTAUTONOME

### 5.1 Entstehung

Die Geschichte der Autonomen ist immer auch eine Geschichte ihrer Krisen und des Scheiterns. So leidet die autonome Szene schon seit Jahren bundesweit unter internen Streitigkeiten, Zersplitterung und einer hohen Fluktuation mit der Folge, dass autonome Gruppierungen zumeist nur kurzfristig existieren und immer weniger aktionsfähig sind. Ein gravierender Grund dafür sind vor allem ungelöste Organisationsdebatten. Sie ziehen sich wie ein roter Faden durch die autonome Szene, denn Organisierung beschränkte sich über Jahrzehnte nur auf den Informationsaustausch und auf taktische Absprachen zum Straßenkampf. Inhaltliche, gar theoretische Diskussionen, gerieten dagegen in den Hintergrund und verloren stetig an Bedeutung.

Teile der autonomen Szene reflektierten diese Missstände und begannen, sie im Rahmen der seit 1991 in der autonomen Szene Berlins geführten „Heinz-Schenk-Debatte“ zu diskutieren.<sup>46</sup> Unter dieser satirischen Selbstbezeichnung übten ihre Protagonisten massiv Kritik am Selbstverständnis und der Handlungsweise der Autonomen. Sie warfen ihnen vor, in ihrer „subkulturellen Abschottung“, in ihrer „Geschichtslosigkeit“ und in ihrem „Aktivismus“ jede Auseinandersetzung mit der Außenwelt zu verhindern und „bloß neue abgeschlossene Grüppchen“ zu bilden, die über ihren Tellerrand“ nicht mehr hinauskamen.<sup>47</sup> Aus diesem Grunde haben in ihren Augen die „autonomen Strukturen ... Formen der Resignation und Verzweiflung hervorgerufen oder zumindest begünstigt.“ Deshalb rieten sie ihr sich zu fragen, wie „sie wieder attraktiv für eine breite Anzahl an Menschen würde und sich aus der eigenen Marginalität“ befreien könne.<sup>48</sup>

Sichtbarer Ausdruck dieser Debatte war der Versuch von Teilen der Autonomen, zumindest projektbezogene autonome Gruppenstrukturen und Netzwerke aufzubauen. Forciert wurde dieses Bestreben durch die Zunahme fremdenfeindlicher Gewalt und die Wahlerfolge rechtsextremistischer Parteien. Um besser gegen diese Entwicklungen agieren und sich

<sup>46</sup> „Heinz Schenk Debatte“ – Texte zur Kritik an den Autonomen – Organisationsdebatte – Gründung der Gruppe „Für eine linke Strömung“, Internetseiten der Gruppe Fels, Ausdruck vom 19. 02.2016. Die Selbstbezeichnung dieser Debatte rührte daher, dass zwei der an ihr beteiligten Autoren den Namen des Fernsehmoderators und Schlagersängers Heinz Schenk als Pseudonym wählten.

<sup>47</sup> Autonome Studis Bolschewik, in: Heinz-Schenk-Debatte, Internetseiten der Gruppe Fels, (Ausdruck vom 16. 02.2016).

<sup>48</sup> Vorwort zur Neuauflage (2011), in: „Heinz-Schenk-Debatte“, Internetseiten der Gruppe Fels, Ausdruck vom 16.02.2016. Ihre Debattenbeiträge verstanden sie zugleich „als eine Art Austrittserklärung aus den Autonomen.“

**Theorieferne, fehlende  
inhaltliche Perspektiven,  
interne Streitigkeiten,  
Zersplitterung und eine  
hohe Fluktuation stürzen  
die Autonomen in eine  
permanente Krise.**

vor rechtsextremistischen Übergriffen schützen zu können, bemühten sich vorwiegend autonome Antifa-Gruppen um eine bundesweite Strukturierung mit dem Ziel, „einheitliche programmatische Standpunkte“, eine „konkrete Utopie“ und eine „Strategie zur Überwindung des kapitalistischen Systems“ zu entwickeln.<sup>49</sup> Im Ergebnis führte dieser Ansatz 1992 zur Gründung der Antifaschistischen Aktion/Bundesweiten Organisation (AA/BO), der u. a. die Antifaschistische Aktion Berlin, die Antifaschistische Aktion Hannover und die Autonome Antifa (M) aus Göttingen angehörten.<sup>50</sup> Diese Versuche, autonomes Handeln zu vernetzen, rüttelte aber dermaßen an dem autonomen Selbstverständnis, dass die AA/BO 2001 wieder eingestellt wurde.

Das Aus für die AA/BO bedeutete aber nicht das Ende aller weiteren Bemühungen, die autonome Szene zu vernetzen und zu organisieren. Vielmehr formierten sich in den letzten Jahren überregionale Bündnisse mit dem Ziel, die autonome Szene inhaltlich und strategisch neu auszurichten, um so deren inhaltliche Orientierungslosigkeit und weitgehende gesellschaftliche Isolation zu durchbrechen.

## 5.2 Selbstverständnis

Ihre Wurzeln haben diese sich als „postautonom“ verstehenden Zusammenschlüsse im „klassischen“ autonomen Spektrum, können aber nicht mehr als dessen Bestandteil angesehen werden. Mit dem Präfix „post-“ bringen sie zum Ausdruck, dass sie einige grundlegende Merkmale der Autonomen grundsätzlich in Frage stellen und deren überkommene und gescheiterte Ansätze überwinden wollen. So werfen Postautonome der „klassischen“ autonomen Bewegung ein reduziertes und instrumentelles Theorieverständnis vor. An die Stelle theoretischer Debatten trete bei Autonomen ihrer Meinung nach vielmehr ein schwärmerisches Zugehörigkeitsgefühl, das nicht so sehr durch ein gemeinsames Projekt unterfüttert sei, sondern sich vielmehr durch Äußerlichkeiten wie Kleidung, Habitus und eine Art Verhaltenskodex auszeichne. Diese plan- und deswegen perspektivlose Vorge-

<sup>49</sup> AK Wantok, Perspektiven (Anm. 21), S. 195.

<sup>50</sup> Vgl. Bundesministerium für Inneres (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 1992, S. 38ff.

hensweise der Autonomen verhindere beispielsweise durch die beliebige Aneinanderreihung von Kampagnen und die Fetischisierung von Militanz eine wirkliche revolutionäre Politik.<sup>51</sup> Die daraus resultierende „Krise ihrer Inhalte“ könne die autonome Szene daher nur durch „theoretische und praktische Arbeit, die in einem kontinuierlichen wechselseitigen Entwicklungsprozess stehen“ lösen.<sup>52</sup>

Der Staat ist für Autonome „nackte Gewalt, Repression, Faschismus.“ Aus diesem Grunde ist neben dem Rechtsextremisten der Polizist als Repräsentant des verhassten Staates, der „Feind Nr. 1 aller Autonomen“, denn an ihm wird „der Staat handgreiflich und in Person sichtbar.“<sup>53</sup> Damit habe sich die autonome „Staatstheorie“ nach Meinung der Postautonomen auch schon im Wesentlichen erschöpft. Jede Auseinandersetzung mit der Polizei würde auf diese Weise zur heroischen Tat, zum Angriff auf den Staat als solchen und damit zur revolutionären Praxis hochstilisiert. Jegliche politische Diskussion über militantes Handeln versande dadurch aber auch umgehend. Die endlosen, fast selbstzerfleischenden Debatten abzustellen und eine inhaltlich umfassende, praktisch flankierte und organisatorisch untermauerte Diskussion zu führen, seien dagegen die Autonomen nicht fähig. Die autonome Gruppierung verkomme somit in den Augen der Postautonomen zur „linksradikalen Version“ einer „Therapiegruppe“, bei denen es nur noch darum geht, sich um das eigene Ego zu drehen. Die in der autonomen Szene seit Beginn der 1990er Jahre geführten Militanz- und Organisationsdebatten seien im postautonomen Verständnis daher als Indikator dafür zu werten, dass es autonomer Politik an Homogenität mangelt und aus dieser strukturellen Krise die oftmals misslingende Vermittelbarkeit linksextremistischer Aktionsformen herrühre. Als Antwort auf diese Entwicklung versuchen Postautonome nunmehr, auch gegen teilweise heftige Widerstände aus dem autonomen Spektrum, dieses stärker zu ideologisieren, zu vernetzen und das autonome Handeln besser zu organisieren, um so die Schlagkraft der autonomen Bewegung zu erhöhen und eine breitere gesellschaftliche Akzeptanz zu erlangen.



<sup>51</sup> Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2014, Hannover 2015, S. 120f.

<sup>52</sup> Für eine linke Strömung, in: „Heinz Schenk Debatte“, Internetseiten der Gruppe Fels, Ausdruck vom 14.02.2016.

<sup>53</sup> Autonome Studis Bolshevik (Anm. 46).

## 5.3 Strategie

Im Gegensatz zu den „klassischen“ Autonomen sind Postautonome in der Regel lebensälter, zumeist (sehr) gut ausgebildet und beruflich oftmals etabliert. Das wiederum ermöglicht es ihnen, vielfältige Netzwerke bis weit in die bürgerliche Gesellschaft hinein zu knüpfen und sie für ihre politischen Ziele zu instrumentalisieren. Postautonome Politik ist langfristig angelegt und verfolgt eine Strategie der kleinen Schritte. Die von ihnen angestrebte Revolution verstehen sie als „einen dialektischen Bewusstseins- und Lernprozess, der sich in verschiedensten sozialen Kämpfen in der kapitalistischen Gesellschaft entwickeln muss.“<sup>54</sup> Sie soll kein abrupter Vorgang, sondern eine Art Transformation der bestehenden Ordnung sein und somit ein langfristiger und komplexer Prozess, dem „viele kleine Brüche, die entlang von Kämpfen stattfinden, vorausgehen und folgen.“<sup>55</sup>



Ein wesentlicher Aspekt zur Herbeiführung dieser Brüche stellt dabei ihre breit gefächerte Bündnispolitik dar, mit der eine Öffnung bis ins demokratische Spektrum der Gesellschaft und hin zu bislang unpolitischen Bevölkerungsschichten verbunden ist. Dieser Vorgehensweise liegt die Intention zugrunde, möglichst viele Personen über die gezielte Zusitzung aktueller und realpolitischer (Krisen-) Themen miteinzubeziehen und mittelfristig zu radikalisieren. Gezielt versuchen Postautonome deshalb bei nahezu jedem politisch aktuellen Thema zu intervenieren und es mit ihrer ideologischen Agitation zu besetzen. So waren sie an zentraler Stelle an der Organisierung der Proteste gegen die Eröffnung des Neubaus der Europäischen Zentralbank in Frankfurt am Main am 18.03.2015 ebenso beteiligt wie an der Vorbereitung der Protestaktionen gegen den G7-Gipfel der führenden Wirtschaftsnationen im bayerischen Elmau im Juni 2015. Eine gewisse Offenheit und Transparenz sowohl in ihrem politischen als auch persönlichen Auftreten ist dabei wesentlich. Das führt dazu, dass sie an nahezu sämtlichen gesellschaftlichen

<sup>54</sup> Für eine linke Strömung (Anm. 51).

<sup>55</sup> Il im Aufbruch-ein Zwischenstandspapier, Internetseiten der IL, Ausdruck vom 18.01.2016. (Anm. 24).

Gruppierungen, weit über ihr originäres Spektrum hinaus, teilhaben können. Dieses temporäre Zusammenwirken stellt wiederum für die Sicherheitsbehörden eine große Herausforderung dar. Kommt es doch bei ihrer Aufgabenerledigung darauf an, fein säuberlich zwischen dem legitimen und gesellschaftlich notwendigen demokratischen und dem linksextremistischen Protest zu unterscheiden.

**Postautonome verstehen sich als Antwort auf die Krise der Autonomen. Sie wollen die Autonomen stärker ideologisieren, organisieren, vernetzen und für taktische Bündnisse mit dem demokratischen Spektrum öffnen.**

## 6. POSTAUTONOME VERNETZUNGSSTRUKTUREN

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung sind in den letzten Jahren Bündnisse wie die Interventionistische Linke (IL) und das „... ums Ganze! kommunistisches Bündnis“ (uG) entstanden. Diese sich als „postautonom“ verstehenden Zusammenschlüsse orientieren sich ideologisch an marxistisch-leninistischen Weltbildern, verzichten aber bewusst auf eine exakte ideologische Festlegung. Diese ideologische Unverbindlichkeit macht es ihnen möglich, sich auf der Basis von Minimalkonsensen bis weit in orthodoxe, aber auch nichtextremistische Kreise zu vernetzen. Sie wollen in einem langfristigen Prozess die herrschenden Verhältnisse überwinden und eine kommunistische Gesellschaft errichten.

### 6.1 Interventionistische Linke (IL)



Die IL kann zurzeit als das bedeutendste postautonome Bündnis betrachtet werden. Es begann damit, dass sich 1999 in einer ersten Phase undogmatische<sup>56</sup> linksextremistische Gruppierungen und Einzelpersonen in „Beratungstreffen“ zusammenfanden, um nach Wegen zu suchen, wie die Handlungsfähigkeit und Wahrnehmbarkeit der „radikalen Linken“ in der Bundesrepublik Deutschland erhöht werden könnte. Da die IL „keine Säulenheiligen“ hat und auch „keiner eindeutig abgrenzbaren theoretischen Lehre“<sup>57</sup> folgt, konnte sie diese Treffen ab 2004 gezielt für linksextremistische Gruppen aus dem postautonomen Spektrum mit dem Ziel öffnen, die den Autonomen nahestehenden Strömungen zusammenzuführen.<sup>58</sup>

Die IL formierte sich daraufhin zu einem bundesweit agierenden Netzwerk linksextremistischer Gruppierungen und Einzelaktivisten weitgehend antiimperialistischer Ausrichtung, dem aber auch im geringen Maße nichtextremistische Personen angehören.<sup>59</sup> Seitdem

<sup>56</sup> Als undogmatische Linke bezeichnet man linksradikale bis linksextremistische Gruppen, die sich in der Nachfolge der Außerparlamentarischen Opposition (APO) sahen. Diese häufig auch als „Spontis“ bezeichneten Gruppen hielten die „Spontaneität der Massen“ für das revolutionäre Element der Geschichte. Im Gegensatz zu Marxisten-Leninisten, die glaubten, für die Revolution sei eine Avantgarde-Partei vonnöten, die die Führung in eine bessere Zukunft übernehmen müsse, waren die Spontis eher „antiautoritär“ ausgerichtet. Nicht Theorieschulungen und Parteaufbau standen für sie im Vordergrund ihrer Aktivitäten, sondern „spontane“, nichtsdestoweniger abgesprochene Aktionen in der Öffentlichkeit.

<sup>57</sup> Il im Aufbruch (Anm. 54).

<sup>58</sup> Vgl. Armin Pfahl-Traughber, Linksextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme, Wiesbaden 2014, S. 136.

<sup>59</sup> Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2014 (Anm. 50), S. 124.

betrachtet sie sich als ein organisierter „undogmatischer Zusammenschluss von Einzelpersonen und Gruppen aus der undogmatischen und post-autonomen Linken“, die in gesellschaftspolitische Auseinandersetzungen mit dem Ziel intervenieren möchte, „eine radikale Linke, die [sich] auf den revolutionären Bruch mit dem nationalen und dem globalen Kapitalismus, mit der Macht des bürgerlichen Staates und allen Formen von Unterdrückung, Entrechtung und Diskriminierung orientiert“, auf den Weg zu bringen.<sup>60</sup> Dem folgte ab 2010 eine intensive Organisationsdebatte, die mit einem von der IL herausgegebenen „Zwischenstandspapier“ vom 11.10.2014 die Umstrukturierung der IL von einem Netzwerk zu einer Organisation abschloss.<sup>61</sup> Zahlreiche Autonome Gruppen wie die Antifaschistische Linke Berlin (ALB), und die Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin (ARAB) sind seitdem ebenso wie das auch in Niedersachsen aktive Bündnis AVANTI - Projekt undogmatische Linke weitgehend in der IL aufgegangen und fungieren nunmehr als IL-Ortsgruppen.<sup>62</sup>



Inhaltlich orientiert sich die IL „am langfristigen Ziel einer radikalen Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse.“ Notwendiger „Bestandteil einer solchen radikalen Transformation ist der revolutionäre Bruch, dem wiederum viele kleine Brüche, die entlang von Kämpfen stattfinden, vorausgehen und folgen“, denn um „den Weg zu einer befreiten Gesellschaft freizumachen, braucht es die Abschaffung des Privateigentums an Produktionsmitteln und der Kapitalverwertung, auf denen die ökonomische Macht basiert, und die Überwindung des bürgerlichen Staatsapparates als Garant dieser Eigentumsordnung.“<sup>63</sup> Ihre Politik versteht sich demzufolge als „außerparlamentarisch und grundsätzlich antagonistisch zum Staat.“<sup>64</sup>

Um an das demokratische Spektrum anschlussfähig zu sein, bemüht sich die IL um ein gemäßigteres äußeres Erscheinungsbild als es sonst in der autonomen Szene üblich ist. So sind ihre Protagonisten beispielsweise bei Demonstrationen bereit, auf szenetypische Kleidung und die Anwendung von Gewalt zu verzichten. Das bedeutet aber nicht, dass sie nicht weiterhin militant wären. Vielmehr halten sie sich aus taktischen Gründen in

<sup>60</sup> Die Interventionistische Linke – Wir über uns, Internetseite der IL, Ausdruck vom 11.11.2014.

<sup>61</sup> Il im Aufbruch (Anm. 54). Die meisten der in der IL organisierten Gruppierungen benannten sich in IL-Ortsgruppen um.

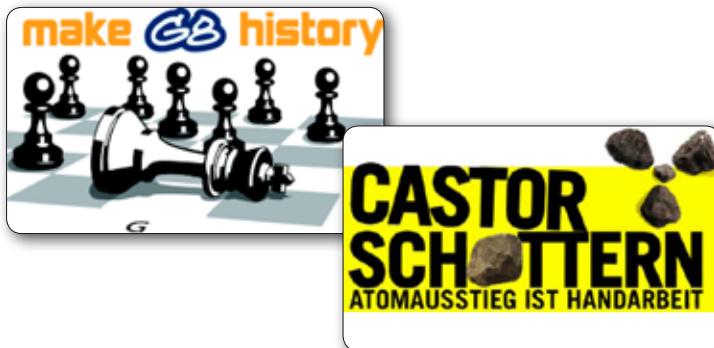
<sup>62</sup> Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2014 (Anm. 50), S. 127.

<sup>63</sup> Il im Aufbruch (Anm. 54).

<sup>64</sup> Ebenda.

der Gewaltfrage zurück. Aus diesem Grunde kann die IL eine wichtige Scharnierfunktion zwischen dem gewaltorientierten linksextremistischen Spektrum und dem demokratischen Protestpotential einnehmen. Dieser Umstand ermöglicht es ihr, Mobilisierungserfolge zu erzielen und unterstreicht gleichermaßen die wachsende Bedeutung des Netzwerkes für die gesamte linksextremistische Szene.<sup>65</sup>

Da die IL sich weiterhin als aktionsorientiert begreift, tritt sie regelmäßig bei der Organisierung von Protesten gegen internationale Großereignisse in Erscheinung. Thematisch konzentriert sie sich dabei vor allem auf die Bereiche „Antifaschismus“, „Antikapitalismus“, „Antiimperialismus“, „Antiglobalisierung“ und „Antimilitarismus“.<sup>66</sup> Im Jahr 2007 konnte so erstmals eine breitere Öffentlichkeit auf die IL aufmerksam werden. An entscheidender Stelle mobilisierte sie zu den Protestaktionen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm (Mecklenburg-Vorpommern) und hatte mit Blick auf die angestrebte Erhöhung der Handlungsfähigkeit und Wahrnehmbarkeit des linksextremistischen Spektrums damit durchaus auch Erfolg. So organisierte sie u. a. unter dem Motto „Make capitalism history“ den sogenannten Schwarzen Block auf der Großdemonstration von Rostock und war im Rahmen der Kampagne „Block G8“ auch für die Blockadeaktionen gegen den Gipfel mit verantwortlich.<sup>67</sup> In den Folgejahren war das Netzwerk für verschiedene bundesweite Kampagnen zumindest mitverantwortlich. So beteiligte sich die IL u. a. an der gegen die Transporte hochradioaktiver Brennstäbe ins atomare Zwischenlager in Gorleben gerichteten Aktion „Castor? Schottern!“ und an den Protesten gegen den Braunkohletagebau in der Niederlausitz unter dem Motto „Ende Gelände“.



<sup>65</sup> Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2014 (Anm. 50), S. 124f.

<sup>66</sup> Vgl. Klaus Schroeder/Monika Deutz-Schroeder, „Gegen Staat und Kapital – für die Revolution!“ Linksextremismus in Deutschland – eine empirische Studie, Frankfurt am Main 2015, S.161.

<sup>67</sup> Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2014 (Anm. 50), S. 124.

Von besonderer Bedeutung für Postautonome im Allgemeinen und die IL im Besonderen sind in diesem Zusammenhang die von ihr im Rahmen der „Blockupy“-Bewegung mitorganisierten „Krisenproteste“, weil „wir uns im Zuge der großen europäischen Mobilisierungen eine transnationale Perspektive auf neue Weise wieder angeeignet haben.“<sup>68</sup> So war die IL federführend an den (gewaltsamen) Protestaktionen gegen die europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik in Frankfurt am Main in den Jahren 2012, 2013 und am 18.03.2015 bei der Eröffnung des neuen Dienstgebäudes der EZB beteiligt.<sup>69</sup>



## IL in Niedersachsen

Für den hannoverschen Ableger der IL zeichnete sich seit Mitte 2012 eine bemerkenswerte Entwicklung ab. Drei der einflussreichsten Gruppierungen des antiimperialistisch ausgerichteten autonomen Spektrums der Region Hannover führten unter dem Motto „Hinein in die gemeinsame Organisierung“ Gespräche über eine abgestimmte Vorgehensweise zur Durchsetzung des gemeinsamen Ziels, die Umwälzung der politischen Verhältnisse. Beteiligt waren an diesem Prozess die bereits zur IL gehörende Ortsgruppe Hannover der Gruppierung AVANTI - Projekt undogmatische Linke, die Rote Aktion Kornstraße (RAK) sowie als Neuzugang die Antifaschistische Aktion Hannover [AAH]. Im Mai 2013 wurden die ersten Ergebnisse zum gruppenübergreifenden Handeln in einem Positionspapier mit dem Titel „Eingreifen, dazwischen gehen, aktiv werden“ der Öffentlichkeit vorgestellt. Auch in diesem Positionspapier blieb als Fazit das ferne Ziel der Systemüberwindung immer im

<sup>68</sup> Die soziale Frage ist offen. Lassen wir sie nicht rechts liegen!, <http://www.interventionistische-linke.org/beitrag-die-soziale-frage-ist-offen-lassen-wir-sie-nicht-rechts-liegen>, Ausdruck vom 25.02.2016.

<sup>69</sup> Vgl. Udo Baron, Der G7-Gipfel in Schloss Elmau, in: Politische Studien, Nr. 459/2015, S. 48-57, hier S. 53.

**Die IL ist ein bundesweit agierendes Netzwerk aus linksextremistischen Gruppierungen und Einzelaktivisten weitgehend antiimperialistischer Ausrichtung.**

Blickpunkt, wenn es heißt: „Wir sind uns einig in unserer Wut über die gesellschaftlichen Realitäten. Unser gemeinsames Ziel ist, die Ungerechtigkeiten und Unterdrückungen in dieser Welt abzuschaffen. Was gesellschaftlich längst möglich wäre, aber durch die Verhältnisse verhindert wird, gibt uns politische Orientierung.“<sup>70</sup>



Gegenwärtig bestehen in 26 deutschen Städten sowie in Graz und Wien (Österreich) Ortsgruppen der IL, zwei davon in Niedersachsen (Hannover und Göttingen). Die IL folgt dabei eigentlich dem Prinzip, wonach pro Stadt nur eine einheitliche Ortsgruppe bestehen soll. In Göttingen ist diese Ausrichtung jedoch bislang nicht angenommen worden. Dort sind die beiden Gruppierungen Antifaschistische Linke International (A.L.I.) und Basisdemokratische Linke (BL) weiterhin eigenständige Mitglieder der IL.

## 6.2 .... ums Ganze! kommunistisches Bündnis“ (uG)



Das uG wurde nach eigener Darstellung 2006 gegründet, um „linksradikale Gesellschaftskritik überregional zu organisieren und handlungsfähig zu machen.“<sup>71</sup> Ihm gehören verschiedene Gruppierungen wie Kritik&Praxis aus Frankfurt am Main, the future is unwritten aus Leipzig oder die autonome antifa [w] aus Wien an.<sup>72</sup>

Dem antideutsch ausgerichteten uG geht es nicht nur um eine „Kritik, für die es weder Institutionen noch Parlamente noch feste Verfahren“ gebe, sondern auch um die „Kritik gesellschaftlicher Herrschaft als ganzer.“<sup>73</sup> Kapitalismus ist nach Meinung des Bündnisses nicht nur eine Wirtschaftsordnung, sondern ein umfassendes Herrschaftsverhältnis, dass „in der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung angelegt [ist] – in der Art und Weise, wie Individuen, Unternehmen und Nationalökonomien sich im Kapitalismus tagtäglich reproduzieren müssen.“<sup>74</sup> Staat, Kapital und Markt bilden ein konfliktträchtiges System

<sup>70</sup> IL, „Eingreifen, dazwischen gehen, aktiv werden“, Internetseiten der Gruppe avanti, Ausdruck vom 04.06.2013.

<sup>71</sup> Bündnis ... ums Ganze!, Über uns, Internetseite umsGanze, Ausdruck vom 04.03.2015.

<sup>72</sup> Vgl. ebenda.

<sup>73</sup> Ebenda.

<sup>74</sup> Ebenda.

gesellschaftlicher Herrschaft, das sich in jeder Alltagssituation manifestiere und sich „nur als Ganzes“ bekämpfen lasse. Der bürgerliche Staat als Hüter des Rechts stehe deshalb außerhalb der kapitalistischen Konkurrenz und schütze dessen Voraussetzungen. Dazu heißt es in einer ihrer Verlautbarungen: „Um Recht und Gesetz durchsetzen zu können, beansprucht er das Gewaltmonopol - das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit gegenüber allen Menschen und ökonomischen bzw. institutionellen Akteure auf seinem Territorium. Bereits diese zentrale Funktion des Staates dokumentiert, dass die kapitalistische Gesellschaftsordnung von einer alltäglichen Tendenz zu Gewalt und Betrug geprägt ist.“<sup>75</sup> Um diese vom Staat ausgehende Gewalt zu beenden, muss nach Meinung des uG die Herrschaft von Staat und Kapital sowie „die Form Staat, die diese zwanghafte und konflikträchtige Ordnung mehr oder weniger autoritär zu regieren und zu steuern versucht“ zugunsten einer herrschaftsfreien kommunistischen Gesellschaft abgeschafft werden<sup>76</sup>, denn ein „Ende der Gewalt ... das geht nur ohne Kapitalismus.“<sup>77</sup>

Zwar steht die „theoretische Auseinandersetzung ... bei unseren Aktivitäten im Fokus.“<sup>78</sup> Dennoch bleibt das dahinter stehende Kommunismus-Verständnis des Bündnisses trotz ausgedehnter Grundsatzpapiere diffus. Eine negative Abgrenzung erfolgt zwar zum Staatssozialismus à la DDR, der als ein missglücktes Experiment bezeichnet wird. Die wiederholte Berufung auf das „Kommunistische Manifest“ von Karl Marx und Friedrich Engels lässt aber auf ein eher klassisches Marxismusverständnis schließen.<sup>79</sup>

Die weitgehend antideutsche Ausrichtung des uG wird vor allem an ihrer auf die Bundesrepublik fokussierten fundamentalen Kritik deutlich. So kritisiert es beispielsweise in einem auf ihrer Internetseite publizierten Kampagnenaufruf „There is an alternative – Kommunismus statt Schweinesystem!“ aus dem Juli 2014 die nach ihrer Auffassung ständig steigende Dominanz Deutschlands in Europa mit den Worten: „Diese Ausweitung ist dabei nicht einfach das Ergebnis eines neuen deutschen Imperialismus, vielmehr hat sich die deutsche Form der kapitalistischen Herrschaftssicherung auch in den Augen der europäischen Eliten vorerst als erfolgreich erwiesen. Die Krise wird genutzt, das deutsche Modell auch lokal durchzusetzen, was zuvor gegen lokale Widerstände

<sup>75</sup> Bündnis ... ums Ganze!, Zur Kritik des kapitalistischen Normalvollzugs: Staat, Weltmarkt und die Herrschaft der falschen Freiheit, Internetseite umsGanze, Ausdruck vom 05.03.2014.

<sup>76</sup> Ebenda.

<sup>77</sup> Für ein Ende der Gewalt – Fight capitalism 100%, Internetseite umsGanze, Ausdruck vom 29.02.2016.

<sup>78</sup> Bündnis ... ums Ganze!, Über uns (Anm. 70).

<sup>79</sup> Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2014 (Anm. 50), S. 122.

**Das uG ist ein  
antideutsch/antinational  
ausgerichtetes Bündnis,  
das den Kommunismus  
als Endziel anstrebt.**

in Europa nicht möglich war ... Was den deutschen Staat und seine Nation nur umso hassenwerter macht.“<sup>80</sup> Vor allem der Tag der deutschen Einheit stellt einen besonderen Schwerpunkt medienwirksamer Protestveranstaltungen des im uG organisierten antideutschen Spektrums dar, um so einer breiteren Öffentlichkeit ihre ideologische Sichtweise näher zu bringen.

Wie die IL, so engagiert sich das uG vor allem im Bereich Antikapitalismus und Antifaschismus. Seine Beteiligung an den gewalttätigen Protesten gegen den G8-Gipfel von Heiligendamm machten es erstmalig einer breiten Öffentlichkeit bekannt. Seit Jahren schon gehört es zu den Mitorganisatoren der „Blockupy Krisenproteste“ gegen die europäische Wirtschafts- und Finanzpolitik in Frankfurt am Main. Zudem mobilisiert es zu den gewalttätigen Protesten gegen den alljährlich im Januar in Wien stattfindenden Wiener Akademikerball.<sup>81</sup>

## **uG in Niedersachsen**

In Niedersachsen ist das uG in Hannover mit der Gruppierung Fast Forward Hannover und in Göttingen mit der Radical [M] vertreten. Im Fokus ihrer Aktivitäten steht dabei vor allem die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus bzw. mit denjenigen, die sie dafür halten. So organisierte Fast Forward Hannover für das uG die Proteste gegen den Bundesparteitag der AfD Ende November 2015. Beim AfD-Bundesparteitag am 02. und 03.12.2017 mobilisierte die zum uG gehörende bundesweit agierende Kampagne „Nationalismus ist keine Alternative“ (NIKA) zu einer Protestaktion am frühen Morgen des 02.12.2017. Eine NIKA-Vertreterin hatte bereits am 21.11.2017 gegenüber der tageszeitung „taz“ erklärt: „Wir werden da reingehen und den Parteitag abbrechen. Das heißt wir tun zumindest unser Möglichstes, um spürbar in den Ablauf einzugreifen.“

<sup>80</sup> There is an alternative – Kommunismus statt Schweinesystem! Ein Kampagnen-Aufruf von ... ums Ganze!, Internetseite umsGanze, Ausdruck vom 03.03.2016.

<sup>81</sup> Vgl. Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2014 (Anm. 50), S. 123.

Ferner geht es dem uG auch in Niedersachsen darum, einen (vermeintlich) neuen deutschen Nationalismus wie er nach Meinung der Antideutschen u. a. durch die alljährlichen Feierlichkeiten zum Tag der Deutschen Einheit zum Ausdruck kommt, zu bekämpfen. An maßgeblicher Stelle organisierte Fast Forward Hannover in diesem Zusammenhang für das uG am 03.10.2014 die postautonomen Proteste gegen die in Hannover ausgerichteten Einheitsfeierlichkeiten.

Im uG sind derzeit zwölf Gruppierungen aus Berlin, Bremen, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Österreich organisiert. Niedersachsen ist mit Fast Forward Hannover sowie der Göttinger Gruppierung Radical [M] vertreten.

### 6.3 Aktivitäten im Zusammenhang mit dem Gipfeltreffen der G20-Staaten in Hamburg

Das herausragende Ereignis auch für niedersächsische Linksextremisten stellte im Jahre 2017 zweifelsfrei das vom 07. bis zum 08.07.2017 in Hamburg stattgefundene 12. Gipfeltreffen der G20-Staaten dar. Gegen den G20-Gipfel formierten sich bereits unmittelbar nach Bekanntwerden des Gipfelortes verschiedene, auch linksextremistische Protestbündnisse. Eine führende Rolle nahm dabei das „No-G20-Bündnis“ ein, dem neben demokratischen Gruppierungen auch sich als postautonom verstehende Organisationen wie die IL und das Bündnis uG angehörten. Mit einer Strategie der kleinen Schritte verfolgte vor allem die IL eine breit gefächerte Bündnispolitik, die bis in nichtextremistische Kreise reichte. Mit Hilfe des „No G20-Bündnis“ versuchte sie die Gesamtgestaltung der Gipfelproteste zu dominieren.



Neben dem „No-G20-Bündnis“ riefen ein Hamburger Protestbündnis unter der Bezeichnung „G20 entern – Kapitalismus versenken!“ und das Hamburger Autonome Zentrum „Rote Flora“ zu eigenen, voneinander unabhängigen autonomen Protesten gegen das

Gipfeltreffen auf. Beide agierten bewusst unabhängig vom „No-G20-Bündnis“. Als „klassische“ Autonome, d. h. als organisations- und hierarchiefeindliche und eher ideologieferne Linksextremisten lehnten sie einen Aktionskonsens und Gewaltverzicht ab, da sie sich nicht den Freiraum für Straßenmilitanz durch die bündnisstrategischen Erwägungen der IL einschränken lassen wollten. Das Autonome Zentrum „Rote Flora“ repräsentiert weitgehend das autonome Spektrum Hamburgs. Es befindet sich in einem seit November 1989 besetzten Restgebäude des ehemaligen Flora-Theaters im Hamburger Schanzenviertel. Autonome Zentren wie die „Rote Flora“ dienen der autonomen Szene dabei als logistische Basis und Rückzugsraum für ihre Aktionen. Hinter dem Bündnis „G20 entern!“ verbergen sich verschiedene antiimperialistisch ausgerichtete linksextremistische Gruppierungen wie z. B. der Rote Aufbau Hamburg (RAH).

Aufgrund der guten Kontakte deutscher Linksextremisten ins europäische Ausland nahmen auch Linksextremisten u. a. aus den Benelux-Staaten, Griechenland, Italien, Skandinavien und Spanien an den Gipfelprotesten teil. Auch in Niedersachsen wurde zu den Protesten gegen den G20-Gipfel mobilisiert. Verlief die Mobilisierung zunächst eher schleppend, nahm sie ab April 2017 mit zahlreichen Info- und Mobilisierungsveranstaltungen u. a. in Göttingen, Hannover, Oldenburg und Osnabrück an Fahrt auf.

Der G20-Gipfel von Hamburg hat die von den Sicherheitsbehörden zuvor aufgestellten Prognosen über das Auftreten gewaltbereiter Linksextremisten bestätigt. Die Gewaltintensität stellte aber eine neue Dimension linksextremistischer Gewalt dar. Hilfreich war dabei für die autonome Szene der Austragungsort des Gipfels. In der Hansestadt befand sie sich in einem ihr vertrauten Umfeld. Als urbane Szene verfügte sie dort nicht nur über die für sie notwendige Infrastruktur, um sich vollständig entfalten zu können, sondern auch über den erforderlichen Agitations- und Rückzugsraum, ohne den sie kaum handlungsfähig ist.



Zudem konnte sie sich seit mehr als einem Jahr generalstabsmäßig auf dieses Gipfeltreffen vorbereiten. Diese für sie „idealen“ Bedingungen ermöglichen es ihr, militante und klandestine Aktionen in einem ganz anderen quantitativen und qualitativen Ausmaß langfristiger zu planen und durchzuführen als zuvor.

Als Vorbilder für die gewaltsamen Proteste von Hamburg dienten vor allem die gewalttätigen Ausschreitungen vom Dezember 2013 in Hamburg, als das Gerücht verbreitet wurde, die Räumung der „Roten Flora“ stünde unmittelbar bevor, und die Krawalle während der EZB-Eröffnung vom März 2015. Auch diesmal spielten die postautonomen Bündnisse bei Planung und Choreografie der Proteste wieder eine zentrale Rolle. Vor allem die IL hatte auf eine Spektren übergreifende Mobilisierung gesetzt und sowohl extremistische als auch demokratische Organisationen gezielt in die Mobilisierung integriert. Das gesamte autonome Spektrum, d. h. Postautonome und die „klassischen“ Autonomen, prägten die Vorbereitungen der Proteste.

Sie blockierten an den Gipfeltagen die Zufahrtswege zu den Gipfelorten und banden so die Polizeikräfte. Dadurch schufen sie den Raum für autonome Gewalttaten in anderen Teilen von Hamburg. Ob die gewalttätigen Proteste gleichwohl eine Niederlage für die postautonomen Bündnisse IL und uG in der Auseinandersetzung mit den „klassischen“ Autonomen bedeuten, bedarf noch der weiteren Klärung. Zwar wertete die IL die durchgeföhrten Aktionen als Erfolg. Dennoch kann sie nicht leugnen, dass die inhaltliche Kritik an dem Gipfeltreffen durch die exzessive autonome Gewalt in der öffentlichen und veröffentlichten Wahrnehmung nahezu vollständig überdeckt wurde. Das gilt ebenso für die weitgehend friedlich verlaufenen Proteste unter postautonomer Regie wie die Hafen- und Innenstadtblockade. Vor allem militante Kleingruppen lehnten jeglichen Aktionskonsens ab und zogen wahllos marodierend durch Hamburg. Die autonome Gewalt von Hamburg dürfte daher eher nicht im Sinne der auf die Vermittelbarkeit ihrer Taten bedachten postautonomen Gruppierungen gewesen sein. Vor allem die IL muss nun damit rechnen, dass das bürgerliche Verständnis für „linke“ Themen dadurch beschädigt werden könnte. Ihr Ansatz, durch den taktischen Verzicht auf autonomen Habitus und Gewalt den Brückenschlag ins demokratische Spektrum zu schaffen, könnte dadurch vorübergehend einen Rückschlag erlitten haben.

Für den Moment scheint der „klassische“ Autonome in der innerautonomen Auseinandersetzung einen Erfolg verbucht zu haben. Er – und nicht die IL oder das uG – bestimmte die Gewaltintensität und dominierte dadurch die öffentlichen und veröffentlichten Bilder.

## 7. AUSBLICK

Die Entwicklung innerhalb der autonomen Szene zeigt, dass sich diese seit geraumer Zeit in einer grundsätzlichen inhaltlichen und strukturellen Krise befindet. Verantwortlich dafür sind vor allem der ausgeprägte Grad ihrer Unorganisiertheit, ihre unzureichende Vernetzung, ihre theoretische Unbedarftheit, ihre Selbstbezogenheit und ein daraus resultierender blinder Aktionismus wie ihr von Kritikern aus den eigenen Reihen immer wieder vorgehalten wird. Ein Mitte April 2014 in Berlin unter der Überschrift „Antifa in der Krise“ durchgeföhrter autonomer Kongress machte das ganze Dilemma sichtbar. Ursprünglich als Ausgangspunkt einer inhaltlichen und strukturellen Neuorientierung der autonomen Szene gedacht, hinterließ er statt Antworten weitgehende Ratlosigkeit über die weitere Vorgehensweise. Zahlreiche autonome Gruppen wie die Antifa [f] aus Frankfurt am Main oder die Antifaschistische Linke Berlin und die Antifaschistische Revolutionäre Aktion Berlin lösten sich im Zuge dessen auf bzw. gingen teilweise in anderen Gruppierungen auf.<sup>82</sup>

Zunehmend konfrontiert mit der Frage nach der Sinnhaftigkeit des eigenen Tuns, zeichnen sich aber in der letzten Zeit nachhaltige Veränderungen innerhalb des autonomen Spektrums ab. Manche ihrer Akteure sind sich der Situation durchaus bewusst, in der sich ihre Bewegung befindet. Sie versuchen über die reine Kritik hinaus die autonome Szene nachhaltig zu verändern.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklung sind in den letzten Jahren bundesweit verschiedene postautonome Bündnisse entstanden. Diese Vernetzungsbestrebungen von Teilen der heterogenen und traditionell organisationsfeindlichen Autonomen deuten auf einen möglichen Wandel von Teilen dieses Spektrums zu einem höheren Grad der Organisierung und Vernetzung hin, zumal sie sich nicht allein auf den nationalen Rahmen beschränken. So hat sich beispielsweise 2013 das uG auf internationaler Ebene mit griechischen und britischen Gruppierungen zur Allianz „Beyond Europe – Antiauthoritarian platform against capitalism“ zusammengeschlossen.<sup>83</sup>

Möglicherweise könnte der postautonome Ansatz der Königsweg hinsichtlich einer erfolgreichen Neuorientierung des autonomen Spektrums sein. Wenn es den Postautonomen gelänge, die autonomen (Kleinst-)gruppen zu organisieren, zu vernetzen und ihnen wieder einen theoretischen Überbau zu geben, könnte die postautonome Bewegung lang-

<sup>82</sup> Vgl. Mechthild Küpper. Antifa in der Krise, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ vom 14.04.2014, S. 6. Baran Korkmaz, Antifa auf Linkspartei-Spuren, in: „taz. die tageszeitung“ vom 14.04.2014, S. 4.

<sup>83</sup> Vgl. Beyond Europe, About us, Internetseite Beyond Europe, Ausdruck vom 11.03.2016.

fristig auch zu einer nicht zu unterschätzenden Herausforderung für den demokratischen Rechtsstaat werden. Ob sich aber der postautonome Ansatz innerhalb des autonomen Spektrums durchsetzen kann, darf angezweifelt werden. Denn die Entwicklung zu postautonomen Strukturen wird nicht unwidersprochen von dem „klassischen“ Autonomen hingenommen. Vielmehr ist der postautonome Gedanke innerhalb der autonomen Szene höchst umstritten, da er dem autonomen Selbstverständnis zuwiderläuft. Dieses Spannungsverhältnis zwischen Autonomen und Postautonomen spiegeln auch die linksextremistischen Proteste gegen den G20-Gipfel wider. Legt man sie zu Grunde, so scheint momentan der „klassische“ Autonome in der innerautonomen Auseinandersetzung einen Erfolg zu verbuchen. Wie weit sich dadurch auch sein Politikansatz durchsetzen kann, bleibt abzuwarten.

Während noch viele Autonome den postautonomen Ansatz kategorisch ablehnen, weil sie darin einen Verlust autonomer Identität sehen, sind manche von ihnen zwischenzeitlich bereits mit ihren Gruppierungen teilweise oder vollständig in postautonomen Bündnissen aufgegangen bzw. haben sich diesen angeschlossen. Beispielhaft für den Zwiespalt, in dem sich die autonome Szene befindet, steht die Entwicklung der mittlerweile aufgelösten Antifaschistischen Linken Berlin. Sie beschreibt in ihrer Auflösungserklärung, dass sie insbesondere an ihrer Uneinigkeit über der Frage, ob sie eine autonome Antifa-Gruppe bleiben oder sich in eine postautonome Gruppierung transformieren solle, gescheitert sei. Im Resultat führte das dazu, dass sich ihre Mitglieder mittlerweile in autonomen ebenso wie in postautonomen Gruppierungen wiederfinden oder aber sich politisch ganz zurückgezogen haben.<sup>84</sup>

Künftig bleibt somit abzuwarten, ob sich der postautonome Ansatz innerhalb des autonomen Spektrums durchsetzen kann. Sollte sich der „klassische“ Autonome d. h. der organisations- und hierarchiefeindliche und eher ideologieferne Linksextremist behaupten, könnte sich die Zerrissenheit und Orientierungslosigkeit der autonomen Szene bis hin zu ihrer Marginalisierung fortsetzen. Verstetigt sich dagegen die Entwicklung zum Postautonomen, so könnte sich der „klassische“ Autonome in einen vernetzten, organisierten und ideologisch aufgeladenen Postautonomen wandeln und dadurch die Schlagkraft der autonomen bzw. postautonomen Szene im nicht unerheblichen Maße erhöhen.

Unabhängig von der Frage, ob bzw. welcher Ansatz sich in der autonomen Szene letztlich durchsetzen wird, geht die Hauptgefahr für den demokratischen Rechtsstaat auch künftig primär von der hohen Gewaltbereitschaft dieses Milieus aus. Das gilt auch für die

<sup>84</sup> Vgl. Berliner Senatsverwaltung für Inneres und Sport (Hrsg.), Verfassungsschutzbericht 2014, Berlin 2015, S. 131f.

Postautonomen. Verzichten diese, wenn überhaupt, doch allein aus taktischen Gründen auf die Anwendung von Gewalt, um nicht ihre Bündnisse mit dem demokratischen Spektrum zu gefährden. Zwar greift es zu kurz, Autonome nur über die von ihnen ausgehende Gewalt definieren zu wollen. Die jüngsten Brandanschläge auf Pkws und Gebäude in Göttingen, aber auch die zunehmende Gewalt vor allem gegen Polizisten und Rechtsextremisten, unterstreichen den Stellenwert, den die gewaltsame Lösung von Konflikten im (post-) autonomen Spektrum einnimmt. Es bleibt daher abzuwarten, ob diese Entwicklung eine weitergehende Radikalisierung nach sich zieht. Legt man die Entwicklungen der letzten Jahre zu Grunde, so kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung in der autonomen Szene weiter sinkt bzw. weiterhin sehr niedrig bleiben wird.

Trotz tätlicher Übergriffe auf und entmenschlichende Äußerungen gegenüber Polizisten ist gegenwärtig keine Bereitschaft innerhalb der (post-) autonomen Szene zur gezielten Tötung von Menschen zu erkennen. Insofern scheint der seit den tödlichen Schüssen vom November 1987 auf zwei Polizeibeamte im Zusammenhang mit den Protesten gegen die Startbahn West in Frankfurt am Main bestehende Grundkonsens, keine direkten Angriffe auf Leib und Leben von Menschen zu begehen, weiterhin innerhalb der linksextremistischen Szene Bestand zu haben. Auch für eine Wiederaufnahme der sogenannten Militanzdebatte, die die 2009 aufgelöste Berliner militante gruppe (mg) angestoßen hatte, gibt es gegenwärtig keine Anzeichen. Weder zeichnet sich eine strukturierte Debatte zu diesem Thema ab, noch ist eine linksextremistische Gruppierung erkennbar, die diese steuern, führen und strukturieren könnte. Gegenwärtig weist somit nichts auf eine sich organisierende Gewalt hin, die in einen erneuten Linksterrorismus münden könnte.

## Verteilerhinweis

Diese Druckschrift wird von der Landesregierung Niedersachsen im Rahmen ihrer gesetzlichen Verpflichtung zur Unterrichtung der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme des Herausgebers zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist.

Den Parteien ist es gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.



Herausgeber:  
Niedersächsisches Ministerium  
für Inneres und Sport  
Abteilung Verfassungsschutz  
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit  
Büttnerstraße 28, 30165 Hannover  
Telefon: 0511 6709-217  
Telefax: 0511 6709-394  
E-Mail: [oeffentlichkeitsarbeit@verfassungsschutz.niedersachsen.de](mailto:oeffentlichkeitsarbeit@verfassungsschutz.niedersachsen.de)  
Internet: [www.verfassungsschutz.niedersachsen.de](http://www.verfassungsschutz.niedersachsen.de)